

**Antrag**

Hannover, den 07.05.2019

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb der EU-Kommission verbindlich regeln**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Der Landtag begrüÙt den Erfolg der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“, die den Minderheitenschutz auf EU-Ebene zum Inhalt und Ziel hat. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene und gegenüber der EU dafür einzusetzen, dass bei der Europäischen Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden und alle Fragen, die den Schutz und die Rechte der Minderheiten in der EU betreffen, innerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer EU-Kommissarin bzw. eines EU-Kommissars inhaltlich und organisatorisch gebündelt werden. Die Kommissarin bzw. der Kommissar soll für die Durchsetzung der im Rahmen der Grundrechtecharta zugesagten Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sorgen.

## Begründung

Jede siebte EU-Bürgerin bzw. jeder siebte EU-Bürger ist Teil einer Minderheit oder autochthonen Volksgruppe. In Deutschland dürfen sich Minderheiten auf verfassungsrechtlich verbrieften Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbot verlassen. Auch in Niedersachsen nimmt Minderheitenpolitik einen besonderen Stellenwert ein. Minderheiten tragen in besonderer Weise zum friedlichen Miteinander unserer Gesellschaft und zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Niedersachsen bei.

Die europäische Bürgerinitiative „Minority Safepack“ hat im April 2018 die erforderlichen 1 Millionen Unterschriften weit übertroffen und damit eine Befassung mit diesem Thema bei der EU-Kommission erwirkt. Wir wollen das Anliegen unterstützen, das Minderheitenverbände wie die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) mit ihrer Europäischen Bürgerinitiative verfolgen, und im Hinblick auf den Konstituierungsprozess der EU-Kommission nach der diesjährigen Europawahl über Landes- und Bundesregierung darauf hinwirken, dass es auf EU-Ebene institutionalisierte Verantwortlichkeiten für Minderheitenpolitik gibt.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer  
Fraktionsvorsitzender